

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** im Kölner Rat

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Herrn
Bernd Petelkau

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 26.10.2017

AN/1554/2017

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	06.11.2017

Sachstand: Transparente Darstellung städtischer Leistungen und Gebühren

Sehr geehrter Herr Petelkau,

die o. g. Fraktionen bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 06.11.2017 zu setzen:

In seiner Sitzung vom 15. November 2012 hat der Rat der Stadt Köln unter TOP 3.1.5 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen und darzustellen, wie eine übersichtliche und für die Kölner Bürgerinnen und Bürger verständliche und nutzbare Zusammenstellung über die wichtigsten Leistungen und Kosten der kommunalen Daseinsvorsorge in Köln gestaltet sein könnte, um eine sinnvolle und bürgernahe Informations- und Kostentransparenz über die kommunalen Leistungen zu erhalten. Mit dieser Zielsetzung möge die Verwaltung insbesondere darauf eingehen, welche Darstellungsform und welche Darstellungsinhalte als sachgerecht angesehen werden. Eine Veröffentlichung und kontinuierliche Pflege der Informationen soll über den städtischen Internet-Auftritt erfolgen.*
- 2. Aufwand und Kosten für die Realisierung einer solchen Übersicht sind darzustellen. Dabei ist auch zu prüfen, ob und inwieweit mit der Erstellung einer geeigneten Zusammenstellung entweder über ein Stufenmodell oder durch Benennung geeigneter Pilotbereiche bereits kurzfristig und weitgehend kostenneutral begonnen werden kann.*

3. *Die Verwaltung wird um Berichterstattung in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie den Finanzausschuss gebeten.*

Die transparente Darstellung der Kosten kommunaler Leistungen soll der Haushaltsklarheit und –wahrheit dienen. Zugleich stellt sie eine wichtige Grundlage für zukünftige Haushaltsplanberatungen sowie den damit notwendig verbundenen Bürgerdialog dar.

Zur Umsetzung des o. g. Ratsbeschlusses hat die Verwaltung eine beschränkte Darstellung in das Internetangebot der Stadt unter folgendem Link aufgenommen: <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/finanzen/leistungen-und-gebuehren>. Die dort dargestellten Zahlen beziehen sich überwiegend auf die Jahre 2012 und 2013. Seitdem wurden die Informationen nicht wesentlich fortgeschrieben. Auf dem Internetangebot <https://www.offenedaten-koeln.de/> ist keine vergleichbare Darstellung erkennbar.

In der Beantwortung einer Anfrage vom 19.03.2013 (Vorlagen-Nummer 0982/2013) führt die Verwaltung u. a. aus, dass *„im Rahmen des Konzeptes „Internetstadt Köln“ Überlegungen angestellt (werden), wie über das Thema OpenData-Portal die Grundversorgung mit Daten, ihre Darstellung, aber auch ihre Interpretation aussehen können. Auf diesem Wege sollen solche Informationen dauerhaft, grundsätzlich für alle und vor allem immer aktuell zur Verfügung gestellt werden.“*

Vor dem geschilderten Hintergrund bitten wir die Verwaltung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche weiteren Schritte hat die Verwaltung seit März 2013 zur Umsetzung des o. g. Ratsbeschlusses unternommen?
2. Welchen konkreten Bearbeitungsstand haben die Überlegungen der Verwaltung, das Thema „Transparenz städtischer Leistungen und Gebühren“ über das OpenData-Portal der Stadt abzudecken, erreicht und welche Gründe sprechen für diesen Weg?
3. Wie und bis wann ist mit einer umfassenden Präsentation aktualisierter Fakten zu rechnen, die den Anforderungen des o. g. Ratsbeschlusses aus dem Jahre 2012 genügen?
4. Wie wird sichergestellt, dass die Kölner Bürgerinnen und Bürger der Darstellung der Leistungen der Stadt bzw. der von ihr beauftragten Unternehmen und freien Träger, den Kostendeckungsgrad, die gewährten öffentlichen Mittel sowie die damit verbundenen Zuschüsse pro Kopf (z. B. Nutzer, Einwohner usw.) entnehmen können?

Die Beantwortung der Anfrage ist auch dem Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

